

SBB-Mitarbeitende geben ihren Chefs schlechte Noten

Befragung Bei den SBB sind die ersten Resultate der diesjährigen Mitarbeiterbefragung bekannt geworden. Das mangelnde Vertrauen der eigenen Mitarbeitenden sei «bedenklich und unbefriedigend», hielten die SBB bei der Veröffentlichung der Resultate 2018 fest. Doch im laufenden Jahr ist die Bewertung nochmals leicht gesunken, auf noch 46 von 100 Punkten, wie die «SonntagsZeitung» berichtet. «Das ist sicher nicht schön. Aber dennoch verständlich, wenn man sieht, was wir besonders auch in diesem Jahr für Herausforderungen hatten», sagt SBB-Chef Andreas Meyer. Wesentlich höher sind die Werte bei der Personal-motivation, der Verbundenheit mit dem Unternehmen oder der Arbeitszufriedenheit. (red)

Nachrichten

Novartis könnte US-Firma übernehmen

Pharma Der Schweizer Pharmakonzern Novartis kommt laut einem Bericht des «Wall Street Journal» einer Übernahme der US-Biotechnologiefirma The Medicines Company näher. Novartis habe zugestimmt, 85 Dollar je Aktie zu zahlen. Die Vereinbarung könne ein Volumen von rund zehn Milliarden Dollar haben. Die US-Firma entwickelt Medikamente für Herz-Kreislauf-Erkrankungen wie Atherosklerose oder Verhärtung der Arterien. (Reuters)

Doris Leuthard erhält 90 000 Franken

Industrie Es sei falsch, wenn man den Bundesräten nach ihrer politischen Karriere praktisch ein Berufsverbot auferlegen wolle. Dies sagte Stadler-Rail-Chef Peter Spuhler im «SonntagsBlick» zum Engagement von Doris Leuthard im Stadler-Verwaltungsrat. Zudem werde ihr Honorar von der Bundesratspension abgezogen. Laut Spuhler erhält Leuthard für ihr Mandat 90 000 Franken pro Jahr. (red)

150 000 Bestellungen für Teslas Truck

Elektrofahrzeuge Der Autobauer Tesla hat nach Aussage seines Chefs Elon Musk bisher knapp 150 000 Bestellungen für seinen neuen Elektro-Pick-up-Truck erhalten. Die Bestellungen seien eingegangen, ohne dass der Konzern Werbung geschaltet hat, twitterte Musk. Mit einem Startpreis von knapp 40 000 Dollar und einem futuristischen Design ähnelt der Cybertruck einem Radpanzer. Tesla will Ende 2021 mit der Produktion des Fahrzeugs beginnen. (Reuters)

Amazon klagt gegen US-Behörde

Grossauftrag Der Internetkonzern Amazon hat Klage gegen die Entscheidung des US-Verteidigungsministeriums eingereicht, einen mit bis zu zehn Milliarden Dollar dotierten Grossauftrag an den Konkurrenten Microsoft zu vergeben. Amazon hatte als Favorit gegolten. Amazon sprach daraufhin von politischer Einflussnahme. US-Präsident Donald Trump liefert sich seit langem eine Fehde mit Amazon-Gründer Jeff Bezos. (Reuters)

Verpasste Chance auf Entlastung

Regulierungskosten Vor sechs Jahren präsentierte der Bundesrat einen Bericht über die Regulierungskosten. Deren Senkung scheiterte vor allem im Parlament – trotz bürgerlichen Mehrheiten in beiden Räten.

Dominik Feusi

Knapp zehn Milliarden Franken pro Jahr. So viel bezahlten Unternehmen in der Schweiz 2013 an unnötigen Regulierungskosten. Vor sechs Jahren veröffentlichte der Bundesrat im Auftrag des Parlamentes einen Bericht, in dem er fein säuberlich diese Kosten zusammentrug.

Die grössten Posten: die Mehrwertsteuer, das Umweltrecht, das Baurecht und die Vorschriften über die Rechnungslegung und die Revision von Unternehmensbuchhaltungen. Knapp dahinter die Arbeitssicherheit und die Unfallversicherung.

Der Bundesrat versprach damals, dafür zu sorgen, diese Regulierungskosten zu senken. Sechs Jahre später ist die Bilanz durchgezogen. Von 32 beschlossenen Massnahmen sind zwar gemäss Zählung des Staatssekretariates für Wirtschaft (Seco) 24 umgesetzt, aber nicht jene, die besonders viel kosten.

Vier Massnahmen sind eingeleitet und nur vier sind definitiv vom Tisch. Vor allem das Wirtschaftsdepartement von Bundesrat Guy Parmelin – bis vor einem Jahr noch unter der Leitung von Bundesrat Johann Schneider-Ammann – hat Massnahmen umgesetzt, so weit das in eigener Kompetenz möglich war. So wurde zum Beispiel die Pflicht zur Dokumentation der Arbeitszeit eingeschränkt.

Auch andere Bundesämter reagierten. Das Bundesamt für Statistik vereinfachte und entschlackte seine Statistiken. Zusammen mit dem Bundesamt für Sozialversicherungen und dem Bundesamt für Gesundheit vereinfachte das Seco Arbeitgeberkontrollen. Wie viel das alles gebracht hat, weiss allerdings niemand.

Hürde Gesetzesänderung

«Einige der Massnahmen liegen nicht im Zuständigkeitsbereich des Bundesrates», sagt Eric Scheidegger, Leiter der Direktion für Wirtschaftspolitik im Seco. Die Umsetzung stockte, sobald es eine Gesetzesänderung brauchte – trotz bürgerlicher Mehrheit in National- und Ständerat. Ein Einheitssatz in der Mehrwertsteuer mit Abschaffung der meisten heute gültigen und komplizierten Ausnahmen scheiterte zuletzt 2016 im Parlament. Dies hätte die Firmen um mehrere Hundert Millionen Franken



Die Vorgaben der Regulierung kosten Firmen Zeit und viel Geld. Foto: Christian Beutler (Keystone)

entlasten können, wie der Bundesrat schrieb. Mächtige Lobbygruppen vor allem der Gastronomie und des Tourismus, die heute von einem tieferen Steuersatz profitieren, organisierten den Widerstand. Der Appenzeller Ständerat Andrea Caroni greift den Vorschlag wieder auf. Er hat im September eine Interpellation eingereicht, die in der kommenden Session debattiert wird. «Ich will den Einheitssatz bei der Mehrwertsteuer wieder diskutieren, um einen mehrheitsfähigen Ansatz zu finden», sagt der FDP-Politiker.

Regulierungskosten für die Unternehmen

in Millionen Franken pro Jahr (Total: 9507)

Mehrwertsteuer	1760
Umweltrecht	1760
Rechnungslegungs-, Revisionsrecht	1660
Baurecht	1660
Arbeitssicherheit, Unfallversicherung	1200
Gewinn- und Quellensteuer	594
Zollverfahren	479
Sozialversicherungsrecht	454

Grafik: mre / Quelle: Bundesrat (Bericht über die Regulierungskosten vom 13.12.2013)

Gewerbeverbanddirektor Hans-Ulrich Bigler sagt darum, es sei in den sechs Jahren seit dem Bericht des Bundesrates «eigentlich gar nichts» geschehen. Der Grund: «Die Übung hat das Problem nicht an der Wurzel gelöst», so Bigler. Im Parlament sei oft nicht klar, wie viel Regulierung aus einem vorgeschlagenen Gesetz entstehe und was diese die Betroffenen kosten werde. Der Gewerbeverband fordert deshalb seit Jahren eine von der Bundesverwaltung unabhängige Stelle, welche die Regulierungskosten schätzt. «Erst wenn das Parla-

«Die Übung hat das Problem nicht an der Wurzel gelöst.»

Hans-Ulrich Bigler
Direktor Gewerbeverband

ment vorgängig ein Preisschild für seine Beschlüsse bekommt, kann es sachlich beurteilen, wo unnötige Regulierung und damit Kosten für die Unternehmen vermieden werden können.» Beide Kammern haben die Einrichtung einer solchen Stelle beschlossen. «Der Bundesrat weigert sich allerdings, diese Beschlüsse umzusetzen», sagt Bigler.

Untätig bleiben will aber auch das Wirtschaftsdepartement nicht. Im Auftrag des Parlamentes arbeitet das Seco an einer Bremse, mit der bei Vorlagen mit hohen Regulierungskosten ein qualifiziertes Mehr in beiden Kammern des Parlamentes nötig wäre. Parallel laufen die Arbeiten an einem Gesetz zur Entlastung der administrativen

Verpflichtungen der Unternehmen, welche das Parlament verlangte. Gemäss Seco soll es nächstes Jahr in die Vernehmlassung gehen. Und auch an einer Verbesserung der Regulierungsfolgenabschätzung arbeitet man im Seco – allerdings noch immer ohne die vom Parlament beschlossene unabhängige Stelle.

Regulierung mit Nutzen

«Es zeichnet sich ab, dass auch in der kommenden Legislatur neue Regulierungskosten hinzukommen», sagt Eric Scheidegger und erwähnt die Regulierung der Medizinprodukte, bei der wir EU-Recht nachvollziehen. Oder das CO₂-Gesetz oder den indirekten Gegenentwurf zur Vaterschaftsurlaubs-Initiative. «Diese Massnahmen bringen aber auch einen Nutzen für die Unternehmen mit sich», sagt Scheidegger.

Wie hoch die Regulierungskosten heute genau sind, hat niemand ausgerechnet. Das Seco macht dazu keine Angaben, weil die Kosten nicht systematisch erhoben würden. «Der Handlungsbedarf ist klar ausgewiesen», findet Hans-Ulrich Bigler weiterhin.

Roger Federer beteiligt sich an Schweizer Laufschuh-Unternehmen

Sportartikel Der Sportler stellt Weichen für sein Leben nach dem Tennis und investiert in eine Zürcher Firma.

Roger Federer wird Mitinhaber und neues Aushängeschild der Zürcher Laufschuh-Firma On. «Es reizt mich, mit einem jungen Schweizer Unternehmen zusammenarbeiten zu können, das auf dem Sprung ist», sagt Federer der «NZZ am Sonntag».

Wie viel Geld Federer investiert, teilt er nicht mit. Es sei aber substanziell, heisst es bei On. Sowohl für die Firma wie auch für ihn. Federer sagt: «Der Batzen war gross genug, dass ich mir das

gut überlegen musste.» Zudem betont der 38-jährige, dass es sich um eine langfristige Investition handle. Dennoch ist seine Beteiligung überschaubar: Gegenüber der «Frankfurter Allgemeinen Zeitung» bestätigte Federer, dass er weniger als zehn Prozent der Firmenanteile hält.

Das Investment sei auch zustande gekommen, weil sein Vertrag mit Nike zu Ende ging und er sich Gedanken über seine Zukunft mache. Federer ist bereits

in der Vergangenheit mit Schuhen des Schweizer Labels aufgetreten. Im Mai zeigte er sich mit Sneakers von On.

On wurde vom Duathlon-Weltmeister Olivier Bernhard zusammen mit David Allemann und Caspar Coppetti 2010 gegründet. Das Zürcher Start-up entwickelt eigene Laufschuhe und entsprechende Jacken, Hosen und Shirts. Die Firma beschäftigt rund 500 Personen, davon 250 in Zürich. Laut «NZZ

am Sonntag» ist das Unternehmen seit 2014 profitabel und erwirtschaftet zwischen 100 und 200 Millionen Franken Umsatz pro Jahr.

Federer will bei On nicht Mitglied von Geschäftsleitung oder Verwaltungsrat werden. Er sieht sich aber als Partner, der durchaus Einfluss nimmt: «Ich werde mich bei On einbringen, wo ich nur kann.» So werde er zum Beispiel seine Meinung über Schuhe äussern, egal ob es um Design

oder Komfort gehe. Auch von Federers Erfahrung im Marketing soll der Laufschuh-Hersteller On profitieren.

Allein schon der Name des neuen Investors dürfte der Firma Schub verleihen. Wird On mit Roger Federer neben Laufschuhen bald auch Tennisschuhe herstellen? Das ist noch offen. Federer bestätigt aber, dass darüber bereits Gespräche geführt wurden. Entscheide gibt es aber demnach noch keine. (red)